

tentreffen den KPD-Funktionär Herbert Wehner kennenlernte.

Doch während Wehner schon 1942 in Schweden mit den Kommunisten brach und von Kurt Schumacher zur SPD geholt wurde, blieb Bauer bei der alten roten Fahne: zunächst als KPD-Fraktionschef im hessischen Landtag — seine Unterschrift steht unter der hessischen Verfassung —, dann als Chefredakteur des Deutschlandsenders in Ost-Berlin.

Auch dort tat er gelegentlich des Guten zuviel. Er lehnte es ab, leichte Morgenmusik zu senden, und ließ statt dessen schon am frühen Morgen Klassiker tönen: „Bach und Mozart sind für die Arbeiter zum Frühstück gerade gut genug.“

Zusammen mit den Altkommunisten Lex Ende und Willy Kreikemeyer wurde Leo Bauer im August 1950 als vermeintlicher US-Spion verhaftet und am 28. Dezember 1952 von einem sowjetischen Militärgericht zum Tode verurteilt. Bis zum 24. Juni 1953 wartete er auf seine Hinrichtung; dann wurde er zu 25 Jahren Zwangsarbeit begnadigt. Nachdem die Strafe aufgehoben worden war, ließ er sich im Oktober 1955 in die Bundesrepublik entlassen.

Bauer wurde Mitglied der SPD und hielt sich zunächst mit Vorträgen (Bauer: „Für 50 Mark“) mühselig über Wasser. Herbert Wehner verschaffte dem Genossen in Not journalistische Aufträge und widmete seinem „treuen Weggefährten“ ein Buch. Schließlich verdingte sich Bauer als politischer Redakteur beim „Stern“.

Als die Partei ihn rief, ließ er den Illustrierten-Job sogleich fahren. 1968 bestellte ihn der SPD-Vorstand zum Chefredakteur der „Neuen Gesellschaft“ und gab Bauer überdies einen Vertrag als „wissenschaftlicher Mitarbeiter“ bei der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Gute Kontakte zu französischen, italienischen und jugoslawischen Kommunisten pflegte er über die Haftzeit hinweg. Selbst Russen gehen ihm nicht mehr aus dem Weg. Bauer: „Die deutschen Kommunisten sind die einzigen, die nicht mit mir reden.“

Auch in der SPD-Spitze reden einige Genossen zumindest nicht gerne mit Leo Bauer. Von Parteigeschäftsführer Hans-Jürgen Wischniewski wird in der Baracke gemunkelt, er betrachte die ständige Nähe Bauers zum gemeinsamen Chef als Gefahr für die eigene Vertrauensposition. Und vom stellvertretenden SPD-Vorsitzenden und Verteidigungsminister Helmut Schmidt vermutet Bauer selbst: „Er wird wohl zu denjenigen gehören, die meinen, ihre eigene Rolle werde dadurch herabgemindert, daß ich so stark als Berater Brandts herausgestellt werde.“

Leo Bauer möchte deshalb seine bislang nur auf Willy Brandts Vertrauen gegründete Position auch institutionell absichern: „Ich habe keine Lust, dauernd angepöbelt zu werden.“ Als Vertreter des Parteivorsitzenden will er in einen geplanten Arbeitsausschuß einziehen, der künftig die Sitzungen des SPD-Präsidiums vorbereiten soll.

Auch für Staatsaufgaben hält sich Bauer bereit, der als Ex-Kommunist nur jeweils auf besondere Bitte der Bundesregierung in die USA einreisen darf, Französisch und Englisch nach eigenem Eingeständnis mit „schrecklichem sächsischem Akzent“ spricht: „Ich kann mir vorstellen, daß ich die Fähigkeit besitze, die Bundesregierung auf internationalen Konferenzen zu vertreten.“

HALLSTEIN-DOKTRIN

Durchlöcherter Anspruch

Bonnas sozialliberale Regierung praktizierte zum erstmalig seit Amtsantritt ihre neue Lebensregel: „Die Hallstein-Doktrin ist tot“ (Walter Scheel).

Der Außenminister präzisierte Donnerstag letzter Woche im Kabinett am Beispiel des jüngsten DDR-Anerken-

seit 1958 vom europäischen Entwicklungsfonds profitiert, wird noch auf Jahre hinaus westdeutsches Kapital und westdeutschen Experten-Rat erhalten.

Den Abbau der faktisch längst durchlöchernten Hallstein-Doktrin, nach der die Bundesrepublik aufgrund ihres Alleinvertretungs-Anspruchs automatisch die diplomatischen Beziehungen zu DDR-Anerkennern abzubauen habe, betreibt Willy Brandt seit seiner Außenminister-Zeit. Als Kambodscha im Mai 1969 die DDR anerkannte, ließ er sich von seinem Planungschef Egon Bahr eine Ausweich-Doktrin anfertigen: Der Hallsteinsche Imperativ solle nicht mehr kategorisch, sondern unter Berücksichtigung der jeweiligen Interessenlage der Bundesrepublik befolgt werden.

Doch Bonns kalte CDU-Krieger hintertrieben damals die Absicht Brandts. Zwar war sich das Kiesinger-Kabinett darüber einig, die Hallstein-Doktrin nur abgestuft anzuwenden, aber es



DDR-Außenminister Winzer (l.) in Somalia*: „Und was ist jetzt?“

ners Somalia — dort hatte DDR-Außenminister Otto Winzer vorletzte Woche die Anerkennung ausgehandelt —, was die Koalitions-Maxime bedeutet: „Wir wollen, wie beschlossenen, entsprechend unserer Interessenlage verfahren. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR hat keine Konsequenzen in der Frage unserer diplomatischen Beziehungen zu Somalia.“

Damit wird Mogadischu, die Hauptstadt des von einem Obersten Revolutionsrat regierten ostafrikanischen Hirten-Staats, der erste Platz außerhalb der kommunistisch regierten Länder mit zwei deutschen Botschaftern sein.

Nicht einmal mehr zur Aufkündigung wirtschaftlicher und technischer Entwicklungshilfe an Somalia mochte sich das Kabinett entschließen, damit „jedweder Eindruck einer Sanktion unterbleibt“ (Entwicklungshilfe-Minister Erhard Eppler). Die bis 1960 von Briten und Italienern verwaltete Republik, die der EWG assoziiert ist und

entschied zugleich, die diplomatischen Kontakte zu Pnom Penh einzufrieren und den Botschafter abzurufen. Kambodscha machte das Nuancenspiel nicht mit und brach seinerseits die Beziehungen zu Bonn ab. Brandt damals: „Und was ist jetzt? Jetzt ist da nicht die Bundesrepublik, sondern nur noch die DDR.“

Daß solche westdeutsche Beihilfe zum „Alleinvertretungsrecht Ulbrichts“ (Brandt) in Zukunft nicht mehr geleistet werden soll, demonstrierte das Brandt/Scheel-Kabinett am Beispiel Somalias.

Überdies blieb dem Kanzler vier Wochen nach Erfurt und fünf Wochen vor dem zweiten Treffen mit DDR-Ministerpräsident Stoph am 21. Mai in Kassel keine andere Wahl: Solange Bonn einen Verhandlungserfolg mit Ost-Berlin sucht, kann es die DDR-Regierung nicht gleichzeitig durch Sanktionen à la Hallstein diskriminieren.

* Bei der Ankunft auf dem Flugplatz von Mogadischu am 6. April.